Ä3 zu 7. V9: VORRANG FÜR KLIMASCHUTZ – Ein Klimaschutzgesetz für mehr Rechts- und Planungssicherheit sowie beschleunigte Verfahren beim Ausbau erneuerbarer Energien

Antragsteller*innen Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 5 einfügen:

Es darf nicht sein, dass Klimaschutz ein ums andere Mal hintangestellt wird und noch das kleinste Bedenken abseits von solchen des Biotop- und Artenschutzes schwerer wiegt. Wir brauchen endlich Gesetze auf Landes- und Bundesebene, mit denen Klimaschutzmaßnahmen eingeklagt werden können. Für Brandenburg wurden die Maßnahmen des Klimaplans unter Beteiligung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Naturschutzverbänden, Wirtschaft und Kommunen erarbeitet, so dass sie einen breiten Rückhalt haben. Sie stellen außerdem Rechts- und Planungssicherheit her für Menschen, Unternehmen und Kommunen, die zum Klimaschutz beitragen. Es ist nur demokratisch, wenn Maßnahmen, die von den Wählerinnen und Wählern gewünscht sind und ihnen Sicherheit geben, auch verbindlich umgesetzt werden.

Begründung

In der vorgeschlagenen Formulierung würde im Extremfall jeder Eigentümer einer Fläche etwa im Naturschutzgebiet die Errichtung von Industrieobjekten zur Gewinnung sog. Erneuerrbarer Energie (der Begriff ist physikalisch gesehen Unfug) einklagen können. Dies würde zu einer Höherwertung der Klima- vor der Biodiversitätskrise führen, beides muss aber im Zusammenhang gesehen und nich gegeneinander ausgespielt werden.